



CGFP

fonction publique

numéro 41, décembre 2020
paraît 6 fois par an
9^{ème} année

compact

CGFP-VORSTÄNDEKONFERENZ

DIE CGFP STREBT KEIN GEHÄLTERABKOMMEN UM JEDEN PREIS AN

Im Einklang mit den corona-bedingten Einschränkungen fand am vergangenen 14. Dezember unter strengen Hygienevorschriften und mit einem gestrafften Programm die CGFP-Vorstandskonferenz statt. Im Fokus standen u.a. die Auswirkungen der Corona-Krise, die unerträgliche Blockadepolitik des Beamtenministers und die anstehenden Gehälterverhandlungen.



Mit der Feier, die 2019 anlässlich des 110-jährigen Jubiläums der Gewerkschaftsbewegung im öffentlichen Dienst stattfand, hatte die diesjährige CGFP-Vorstandskonferenz nichts mehr gemein. Wegen des hohen Infektionsgeschehens verzichtete die CGFP auf eine Großveranstaltung. Statt der üblichen rund 500 Delegierten und zahlreichen Ehrengäste konnten dieses Mal lediglich die Präsidenten der 65 CGFP-Fachverbände eingeladen werden. Damit die restlichen Delegierten dennoch das Geschehen in Echtzeit verfolgen konnten, wurde die Vorstandskonferenz erstmals digital übertragen.

In seiner kurzen Begrüßungsansprache blickte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff auf das von der Corona-Krise geprägte Jahr 2020 zurück. Aus der Finanzkrise von 2007/2008 gelte es, die richtigen Lehren zu ziehen. Anders als damals dürften dieses Mal nicht einzig

und allein die Bürger angezapft werden, um die Steuerlöcher zu stopfen. Außerdem seien gegenseitige Schuldzuweisungen und Neiddebatten der falsche Weg, um die Krise zu überwinden.

Neben anderen Akteuren würden die Menschen im Staatsdienst Anerkennung für die während der Krise geleistete wertvolle Arbeit verdienen, so Wolff. Die CGFP werde es keineswegs zulassen, dass hart erkämpfte soziale Errungenschaften infrage gestellt würden. Angesichts der sturen Blockadepolitik von Beamtenminister Marc Hansen stünden die bevorstehenden Gehälterverhandlungen im öffentlichen Dienst unter keinem guten Stern.

Nach den jüngsten Privatisierungsversuchen, die die Regierung inmitten einer Pandemie gestartet habe, werde die CGFP ihren Widerstand gegen diese fragwürdigen Vorhaben verstär-

ken. Akuten Handlungsbedarf gebe es auch bei der Telearbeit, die derzeit auf keiner gesetzlichen Grundlage beruhe.

Außergewöhnliche Zeiten würden außergewöhnliche Maßnahmen erfordern, betonte CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger zu Beginn seiner Rede in Anspielung auf die reduzierte Teilnehmerzahl der Vorstandskonferenz. Seit dem Ausbruch der Pandemie zeichne sich die CGFP einmal mehr durch Zusammengehörigkeit und Solidarität aus.

Kein Entgegenkommen seitens der Regierung

Als der erste Lockdown im vergangenen März in Kraft trat, habe auch die CGFP Neuland betreten müssen. Die Fülle von Anfragen, die seither bei ihr eingingen, seien vorwiegend in Heim-

Fortsetzung siehe Seite 3

PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/700



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour les membres de la CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47-1 • Fax 24 15 24 • e-mail: info@luxvoyages.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

arbeit erledigt worden. Trotz der schwierigen Lage habe die CGFP ihren Mitgliedern stets mit Rat und Tat zur Seite stehen können.

Nicht ganz so reibungslos sei die Telearbeit mancherorts im öffentlichen Dienst gelaufen, fuhr Heiliger fort. Das Homeoffice sei von Verwaltung zu Verwaltung unterschiedlich umgesetzt worden. Da die Politik sich geweigert habe, allgemeingültige Entscheidungen zu treffen, seien sich die Verwaltungschefs bei ihren Entscheidungen selbst überlassen gewesen. Immer wieder habe es dabei Unstimmigkeiten und Reibereien gegeben, sodass ein mehrfaches Eingreifen der CGFP erforderlich gewesen sei.

Als nach dem ersten Lockdown wieder halbwegs Normalität in den öffentlichen Verwaltungen einkehrte, habe die Regierung bei ihrer Exit-Strategie alle möglichen externen Berater eingebunden, ohne die Gewerkschaften mit einzubeziehen, ärgerte sich Heiliger.

Aus eigener Initiative heraus habe die CGFP schließlich unter Einbindung ihrer Fachverbände einen fundierten Maßnahmenkatalog ausgearbeitet, der darauf abgezielt habe, in den Staatsverwaltungen die Rückkehr zur Normalität so effizient wie möglich zu gestalten. Eine Kernforderung der CGFP habe darin bestanden, all jenen öffentlich Bediensteten, die während des Lockdowns Außergewöhnliches geleistet haben, durch eine Prämie oder zusätzliche Urlaubstage entgegenzukommen.

Das entsprechende Dokument sei Beamtenminister Marc Hansen zugeschickt worden. Leider habe man wenig später während einer Videoschleife feststellen müssen, dass ein Großteil der Vorschläge vom zuständigen Minister ohne Wenn und Aber abgelehnt worden seien. Da überhaupt kein Entgegenkommen seitens der Regierung zu erkennen war, stellte der CGFP-Generalsekretär klar: „Wenn unsere Forderungen von vorneherein zwei Mal abgeblockt werden, dann kann nicht die Rede von einem Dialog oder gar von Gesprächen sein. Zu dieser Aussage stehen wir nach wie vor, ohne dafür als Lügner bezeichnet werden zu müssen.“

Schaulaufen, statt konkrete Verhandlungen

Eine ähnlich schmerzliche Erfahrung hätten auch die CGFP-Mitgliedsorganisationen gemacht. Der Minister des öffentlichen Dienstes habe sich stets geweigert, mit den Fachverbänden konkrete Verhandlungen über deren sektorielles Anliegen zu führen, obwohl dies im letzten Gehälterabkommen so vereinbart worden sei.

Die Unterredungen seien letztendlich nur ein Schaulaufen („Défilé“) gewesen. Hansen habe lediglich darauf hingewiesen, dass die Welt seit dem Ausbruch der Pandemie eine andere

sei. Dabei lasse der Minister völlig außer Acht, dass es sich hier um eine längst vor der Krise getroffene und für ihn verbindliche Vereinbarung handele.

Nach den sektoriellen Treffen müssten jetzt schnellstmöglich Schlussfolgerungen gezogen werden, so Heiliger. Anschließend sei es an den Fachverbänden, von Fall zu Fall abzuwägen, ob die erzielten Ergebnisse für sie vertretbar sind oder nicht. Als zuverlässiger Sozialpartner genieße die CGFP den Ruf, verantwortungsvoll zu handeln. In dieser Angelegenheit habe der Dachverband bereits vor einem Jahr eindringlich vor Konflikten gewarnt.

Erfreut zeigte sich der Redner über den Ausgang der Berufskammerwahlen im öffentlichen Dienst. Mit 21 von 22 möglichen Sitzen habe die CGFP ihre Vormachtstellung erfolgreich verteidigt. Zudem habe der CGFP-Kooperationspartner FGFC bei den Kommunalbediensteten vier von fünf Mandaten verbucht. Gerade in schwierigen Zeiten hätten sich die Wähler für eine starke Repräsentativität ausgesprochen. Bei Fragen, die den öffentlichen Dienst betreffen, bleibe die CGFP demnach auch in Zukunft unumgänglich. Niemand könne das klare Wahlergebnis ignorieren.

Gegen eine schleichende Privatisierung

Als ein absolutes No-Go bezeichnete Steve Heiliger die schleichenden Privatisierungstendenzen im öffentlichen Dienst (mehr dazu auf den Seiten 5 bis 7). Es könne nicht angehen, dass staatliche Spitzenposten unter dem Deckmäntelchen von fadenscheinigen Argumenten künftig mit Personen aus der Privatwirtschaft besetzt würden. Die geschlossene Front, die die CGFP und deren Mitgliedsorganisationen FEDUSE Enseignement/CGFP und die Vereinigung der Sekundarschuldirektoren ADIL/CGFP bildeten, habe Wirkung gezeigt. Zugleich werde sich die CGFP gegen weitere ähnliche Vorhaben entschieden zur Wehr setzen.

In seiner engagierten Rede wiederholte der CGFP-Generalsekretär die langjährige Forderung nach einer sofortigen Abschaffung des Bewertungssystems im öffentlichen Dienst. Hansens Argumentation, dass Krisenzeiten der falsche Zeitpunkt für derartige Anliegen seien, stoße bei der CGFP auf Unverständnis. Die Staatsbediensteten hätten während der aktuellen Krise einmal mehr eindrucksvoll bewiesen, dass auf sie stets Verlass sei.

Für eine sinnvolle Bewertung brauche man kein schwerfälliges System. Ohne dieses würde ein Konsens beim künftigen Gehälterabkommen leichter zustande kommen. „Die CGFP wird sich nicht auf alles einlassen, nur um am Ende ein Abkommen zu erzielen“, lautete die eindeutige Warnung.

Absolut notwendig sei eine gesetzlich geregelte Telearbeit für die Zeit nach der Krise. Die diesbezügliche großherzogliche Verordnung, die inmitten der Corona-Krise außer Kraft gesetzt wurde, müsse durch ein übergreifendes Regelwerk für den gesamten öffentlichen Dienst ersetzt werden.

Bei Detailfragen sollten die Besonderheiten der jeweiligen Verwaltungen berücksichtigt werden. Zurzeit blieben noch zahlreiche Fragen zu klären, z.B. in Bezug auf das Recht auf Abschalten, die Kontrollmechanismen, die Gefahr der sozialen Isolation oder die Besteuerung der im Grenzgebiet lebenden öffentlich Bediensteten.

Untragbare Aussagen von Patronatsvertretern

Sichtlich verärgert zeigte sich Steve Heiliger über jüngste Aussagen von Vertretern der Fédération des Artisans, die dafür eintraten, Nicht-Arbeit, egal in welcher Form und unter welchem Statut, generell nur noch zu 80 % zu entlohnen. In diesem Zusammenhang erwähnte der CGFP-Generalsekretär zwei widersprüchliche Stellungnahmen von Regierungsmitgliedern.

Zum einen habe Arbeitsminister Dan Kersch betont, dass zur Überwindung der Herausforderungen Einigkeit und Geschlossenheit erforderlich seien, statt einen Sektor gegen den anderen auszuspielen. Zum anderen habe Beamtenminister Marc Hansen gemeint, man müsse die Überlegungen der Handwerkerkammer ernst nehmen. Dem sei nichts mehr hinzuzufügen, schob Heiliger sichtlich enttäuscht nach.

Als erste Organisation überhaupt habe die CGFP die Frage nach der Krisenfinanzierung gestellt. Von Beginn an habe sie die Solidarität des öffentlichen Dienstes zugesichert, vorausgesetzt, dass auch andere Kreise Verantwortung übernehmen würden. Inzwischen sei jedoch keine wahre Debatte mit der Politik mehr möglich, beschwerte sich Heiliger. Sämtliche Anliegen würden mit dem Verweis auf COVID-19 abgeblockt. Allmählich reiße der CGFP der Faden der Geduld. Wesentliche Fragen in Bezug auf den öffentlichen Dienst müssten, wie im jüngsten CGFP-Nationalvorstand gefordert, schlicht zur Chefsache erklärt werden.

Zum Abschluss bedankte sich Steve Heiliger bei allen Delegierten für ihr Engagement, gerade auch in schwierigen Zeiten. Im Namen der gesamten CGFP-Exekutive wünschte der CGFP-Generalsekretär schöne Feiertage. Zugleich äußerte er den Wunsch, dass 2021 einen Ausweg aus der Krise biete.

Max Lemmer

Ende Januar werden wir in der kommenden „fonction publique“-Ausgabe ausführlicher über die Vorstandskonferenz berichten.



UN AMOUR DE DÉCLARATION FISCALE

LIFE

**Kid's PLAN, Life PLAN et Pension PLAN,
la gamme d'assurances vie fiscalement
déductibles.**

www.cgfp-assurances.lu


CGFP
Assurances

16, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
tél. (+352) 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu

CGFP blockt umstrittene Pläne erfolgreich ab

In rasendem Tempo wollte Bildungsminister Claude Meisch inmitten der Corona-Krise die Gunst der Stunde nutzen, um einen äußerst fragwürdigen Gesetzentwurf über Einstellungskriterien durch das Parlament zu jagen. Doch sein Kalkül ging nicht auf: Die CGFP und deren Fachverbände konnten die strittigen Pläne erfolgreich durchkreuzen. Weitere Schritte werden folgen, um die Privatisierungsbestrebungen der Regierung im öffentlichen Dienst zu stoppen.



Die stark steigenden Corona-Infektionszahlen hätten zu der Annahme verleiten können, die Regierung widme sich vorwiegend Themen, die im direkten Zusammenhang mit der Pandemiebekämpfung stehen. Seit Monaten ließ die Dreierkoalition zahlreiche CGFP-Anliegen abblitzen, mit der Begründung, die Corona-Politik habe Vorrang. Umso unverständlicher war es, dass Bildungsminister Claude Meisch, trotz steigender Infektionszahlen binnen kurzer Zeit zwei schier unzulässige Vorhaben auf den Instanzenweg schickte, die niemand zuvor gefordert hatte und für die es keinen akuten Handlungsbedarf gab.

Anfang September wurde der Gesetzestext 7662 eingereicht. Nur zwei Wochen später folgte der Entwurf 7658. In beiden Fällen geht es darum, die Einstellungskriterien zu ändern, um Kaderleuten aus der Privatwirtschaft einen Zugang zu den Chefetagen mancher Lyzeen und Verwaltungen zu ermöglichen.

Das Gesetzesprojekt 7662 sieht vor, dass künftig auch Anwärter aus dem Privatsektor für Direktionsposten in vier spezialisierten Lehranstalten ihre Kandidatur einreichen können. Bislang sind diese leitenden Stellen Staatsbeamten vorbehalten. Die Bewerber müssen mindestens fünf Jahre lang der staatlichen Laufbahn A angehört haben. Außerdem müssen sie

die drei Amtssprachen beherrschen und über eine pädagogische Berufserfahrung verfügen.

All diese Kriterien künftig für Bewerber aus der Privatwirtschaft außer Acht zu lassen, würde das Einstellungsverfahren völlig undurchsichtig machen. Dies würde die Gefahr erhöhen, dass der öffentliche Dienst – wie bei der Anwendung des Bewertungssystems – von Vetterwirtschaft überrollt wird.

Abgesehen von vereinzelten kritischen Wortmeldungen löste dieses sinnlose Vorhaben zunächst keine Welle der Entrüstung aus. Erst als sich die CGFP über diese fragwürdige politische Vorgehensweise entrüstete, geriet Minister Meisch zunehmend unter Druck. Bald werde sich zeigen, ob die Abgeordneten ihre Kontrollfunktion im Plenum ernsthaft wahrnehmen oder den Text ahnungslos durchwinken, hieß es am vergangenen 13. November in einem CGFP-Presseschreiben.

Ein absolutes No-Go

Am 15. November ging die CGFP, im Schulterschluss mit der Lehrgewerkschaft FEDUSE Enseignement/CGFP und der Vereinigung der Sekundarschuldirektoren ADIL/CGFP in die Offensive. In einem gemeinsamen offenen Brief, der sich an alle Abgeordnete richtete, wurde das Gesetzesprojekt 7662 als absolutes No-Go bezeichnet.

Nicht nachvollziehbar sei die Absicht des Ministeriums, in Zukunft Direktorenposten mit Personen zu besetzen, die nicht ansatzweise über eine Berufserfahrung im Bildungswesen verfügen, lautete der Vorwurf. Der Text führe zu einer Degradierung und Privatisierung der öffentlichen Schule, hieß es. Mit ihrer Forderung, den Entwurf von der parlamentarischen Tagesordnung zu streichen, gingen die CGFP und deren Fachverbände noch einen Schritt weiter als alle anderen Gewerkschaften.

Tags darauf legte ADIL-Präsident Roger Roth in einem RTL-Radiointerview nach. Bei den regelmäßig stattfindenden Unterredungen sei den Sekundarschuldirektoren nie mitgeteilt worden, dass leitende Funktionen mit Personen besetzt werden sollen, die die bisherigen Bedingungen nicht mehr erfüllen. Umso mehr sei man erschrocken gewesen, als der Entwurf plötzlich vorlag.

Noch am selben Tag trat die CSV bei einer Pressekonferenz dafür ein, den umstrittenen Gesetzentwurf 7622 von der Tagesordnung im Parlament zu nehmen. Unmittelbar vor der geplanten Abstimmung hagelte es an Kritik seitens mehrerer Parteien und Gewerkschaften. Sogar die Jugendpartei von déi Gréng stellte das Vorhaben öffentlich in Frage. Dies könnte

Fortsetzung siehe Seite 6



Anlässlich einer Pressekonferenz prangerte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff, umgeben von Roger Roth (ADIL/CGFP), Raoul Scholtes (FEDUSE Enseignement/CGFP) und CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger (v.l.n.r.) die Privatisierungsversuche der Regierung im öffentlichen Dienst an.

ein Indiz dafür sein, dass es auch innerhalb der Koalition diesbezüglich Unstimmigkeiten gab.

Am Montag Nachmittag startete das Unterrichtsministerium einen letzten Versuch, den umstrittenen Entwurf mit sehr fragwürdigen Argumenten zu retten. Dieses verzweifelte Unterfangen zahlte sich nicht aus: Zu groß war der von der CGFP aufgebaute Druck, sodass Claude Meisch letztendlich nichts anderes übrig blieb, als klein zuzugeben: Der Gesetzentwurf wurde vorerst zurückgezogen.

Den Bedenken der schulischen Interessenvertreter werde Rechnung getragen, teilte das Ministerium mit. Unter den gegenwärtigen Bedingungen sei es laut Minister Meisch unangebracht, über den Text abzustimmen. Das Regierungsglied bat das Parlament darum, den Entwurf von der Tagesordnung der am 18. November stattfindenden Sitzung zurückzuziehen, um eine Debatte in aller Ruhe zu ermöglichen.

In einer Pressemitteilung vom 17. November („Meisch rudert zurück“) begrüßte die CGFP, dass ihrer Kernforderung Rechnung getragen wurde. Die prinzipiellen Bedenken seien jedoch nicht aus der Welt geschafft, hieß es weiter. Die CGFP werde es nicht bei diesem Teilerfolg belassen, sondern sich mit allen zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Mitteln gegen das haarsträubende Vorhaben zur Wehr setzen.

Keine Dringlichkeit

Am folgenden Tag fand ein von der CGFP gefordertes Dringlichkeitstreffen mit Minister Meisch statt. Bei diesem eineinhalbstündigen Treffen, an dem auch die beiden CGFP-Mitgliedsorganisationen FEDUSE Enseignement/CGFP und ADIL/CGFP teilnahmen, sprach das Ministerium von Missverständnissen, die im Rahmen eines konstruktiven Dialogs beseitigt werden müssten. Von Missverständnissen könne nicht die Rede sein, konterte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff im Anschluss an das Treffen vor der Presse: „Manche Dinge sind sehr klar.“

Bei der Unterredung mit der CGFP gelang Claude Meisch zu dem Schluss, dass man nicht unter Zeitdruck stünde, das Gesetzesprojekt zu verabschieden. Daraus ergibt sich die berechnete Frage: Warum wurde der Entwurf im September im Eiltempo auf den Instanzenweg ge-

schickt? Als der Minister gefragt wurde, warum die Reform der Bewerbungsvoraussetzungen nötig sei, obwohl manche Posten überhaupt nicht ausgeschrieben wurden, antwortete dieser sinngemäß, man wolle eine Grundlage haben, falls sich niemand bewerben solle.

Von Anfang an habe man den Dringlichkeitscharakter bestritten, betonte ADIL-Präsident Roger Roth anlässlich der CGFP-Presskonferenz. Es sei schwer vorstellbar, dass bei rund 4.000 Sekundarschullehrern keine geeigneten Kandidaten ausfindig gemacht werden könnten.

„Gutt geschafft, Här Minister!“

Statt pausenlos über Personalengpässe zu lamentieren, täte das Bildungsministerium gut daran, angesichts des administrativen Mehraufwands die Schlüsselposten attraktiver zu gestalten, ergänzte Féduse-Präsident Raoul Scholtes. Außerdem sei es ratsam, sich schon im Vorfeld nach passenden Kandidaten umzusehen und ihnen zu ermöglichen, sich die erforderlichen Kompetenzen rechtzeitig anzueignen.

Kein Verständnis hat die CGFP dafür, dass die Gewerkschaften bei der Ausarbeitung des Vorhabens nicht konsultiert wurden. Darauf angesprochen erwiderte der Minister im Nachhinein: „Da haben Sie recht.“ Bei heiklen Themen werden die Schulakteure und deren Berufsverbände stets außen vorgelassen oder mit reichlich Verspätung informiert, sodass sie sich schwer dagegen zur Wehr setzen können.

In der RTL-Sendung „Kloertext“ zeigte sich der Minister diesbezüglich uneinsichtig. Meisch betonte, es würde ihn freuen, wenn sich die Schulakteure im Vorfeld besser aufeinander abstimmen würden, statt in alle Richtungen zu ziehen. Die Reaktion des CGFP-Nationalpräsidenten Romain Wolff erfolgte sofort. Bei dem Entwurf 7662 seien die Gewerkschaften derselben Auffassung gewesen: „Gutt geschafft, Här Minister“, so Wolff.

Liberalisierungstendenzen in manchen Verwaltungen

Auch nach Meischs Rückzieher gibt es nach wie vor viel Klärungsbedarf, u.a. in Bezug auf die Sprachkenntnisse. Jedem dürfte einleuchten, dass Staatsbeamte, die den Posten wechseln möchten, sich keinem weiteren Sprachtest unterziehen müssen, da sie diese Hürde bereits mit dem Staatsexamen genommen haben.

Nicht nachvollziehbar ist jedoch, dass dieses Kriterium für Personen aus der Privatwirtschaft im Gesetzestext unerwähnt bleibt. Darauf angesprochen erwiderte Meisch, dieses Prinzip werde implizit im Entwurf berücksichtigt. Für die CGFP schafft diese Sichtweise jedoch eine neue Diskriminierung zulasten der öffentlich Bediensteten: Bei Kandidaten aus der Wirtschaft reicht ein Bachelor oder eine Meisterprüfung, Staatsbedienstete müssen hingegen bereits jahrelang der A-Laufbahn angehört haben.

Die Argumente, die Meisch ins Feld schickt, sind intransparent und scheinheilig. Nahezu im „Repeat-Modus“ betont der Minister, dass sich sein Entwurf ausschließlich auf vier spezialisierte Lyzeen bezieht: die Hotel- und Tourismusschule in Diekirch, die Krankenpflegerschule in Luxemburg-Stadt, die Erzieherische in Mersch und die Ackerbauschule in Ettelbrück. Im „Exposé des motifs“ des Entwurfs wird jedoch die wahre Absicht klar erkennbar. Darin heißt es: „La liste des lycées n’est pas exhaustive en ce sens, que d’autres lycées pourraient s’y ajouter dans le futur.“

Obwohl das Bildungsministerium auf Druck der CGFP seine Pläne vorläufig auf Eis gelegt hat, hält die parlamentarische Mehrheit weiterhin an der geplanten Lockerung der Aufnahmebedingungen in den Lyzeen fest. Eine von der ADR eingereichte Motion, die sich gegen eine Privatisierung der öffentlichen Schulen richtete, wurde mit den Stimmen von DP, LSAP und déi Gréng abgelehnt.

Nach der Überwindung der Corona-Krise will das Bildungsministerium den Entwurf überarbeiten. Die CGFP fordert, dass dieses Mal konstruktive Verhandlungen mit ihren Mitgliedsorganisationen geführt werden. „Die aktuelle Fassung gehört in die Mülltonne“, stellte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff bei der CGFP-Presskonferenz unmissverständlich klar. Die CGFP werde sich einer schleichenden Privatisierung und Politisierung des Staatsdienstes sowie einer Aushöhlung des öffentlichen Statuts resolut widersetzen.

Für die CGFP kommt eine Öffnung der Schulleitungen für Kandidaturen aus der Privatwirtschaft keineswegs infrage. Zudem wird sie eine Aufweichung der Einstellungskriterien nicht hinnehmen. Eine deutliche Absage erteilt die CGFP auch dem sich auf dem Instanzenweg befindenden Gesetzentwurf 7658, der von einer ähnlich ultraliberalen Herangehensweise geprägt ist. Davon betroffen sind das Lehrerweiterbildungszentrum (IFEN), die Informatikverwaltung des Bildungswesens (CGIE) sowie die Abteilung für die Koordinierung der pädagogischen und technologischen Forschung und Innovation (SCRIPT).

Drückeberger Marc Hansen

Ein Dorn im Auge ist der CGFP auch die jüngst von Sportminister Dan Kersch hinterlegte Reform der Nominierungskriterien für Spitzenposten in seinem Ressort. In Zukunft soll es auch hier möglich sein, leitende Funktionen ohne die nötige Fachkompetenz zu bekleiden. Bislang musste der Regierungskommissar z.B. über eine 15-jährige Berufserfahrung verfügen. In Zukunft soll diese Bedingung entfallen.

All diese Vorhaben, die still und leise in Windeseile und im Alleingang ausgebrütet wurden, offenbaren eine dreiste Methode, die dahintersteckt: Statt den in Krisenzeiten gut funktionie-



renden öffentlichen Dienst zu stärken, lässt die Dreierkoalition keinen Versuch aus, den Staatsdienst zu schwächen.

Wer sich Unterstützung vom Beamtenminister erwartet hatte, wurde eines Besseren belehrt. Tagelang hüllte sich der zuständige Ressortchef Marc Hansen in Schweigen. Als das „Tageblatt“ ihn um eine Stellungnahme bat, weigerte er sich vehement, eine Lanze für den öffentli-

chen Dienst zu brechen. Im Staatsdienst seien bereits mehrere Stellen für Anwärter aus der Privatwirtschaft zugänglich, lautete die knappe Antwort. Hansen fügte noch hinzu, er selbst sei unfähig, die fachspezifischen Bestimmungen des Gesetzentwurfs 7662 einzuschätzen. Diesem Eingeständnis ist nichts mehr beizufügen!

Max Lemmer

Meichs umstrittenes Gesetzesprojekt 7662 stößt nicht nur in Gewerkschaftskreisen auf massiven Widerstand: Seit Ende November kann die Petition 1717 gegen die Privatisierung der öffentlichen Schulen auf der Webseite des Parlaments (www.chd.lu) unterschrieben werden.

CGFP-Nationalvorstand richtet sich an Staatsminister Bettel

Ende des Laissez-faire-Liberalismus

Regierung muss alle Privatisierungsvorhaben rückgängig machen

Jene Länder, die vor dem Ausbruch der Pandemie die Ausgaben der öffentlichen Hand gesenkt haben, machen derzeit schmerzhaft Erfahrungen. Die Corona-Krise hält ihnen vor Augen, was Sparmaßnahmen unter anderem im Sozialbereich und im Gesundheitswesen anrichten können. Viele staatliche Dienstleistungen sind systemrelevant.

Die schwere sanitäre Krise hat Luxemburgs Regierung jedoch nicht davon abgehalten, ihre Privatisierungsbestrebungen im Staatsdienst klammheimlich voranzutreiben. Binnen zehn Wochen wurden Knall auf Fall drei Gesetzentwürfe auf den Instanzenweg geschickt, die alle die gleiche Ausrichtung anpeilen: Durch aufgeweichte Einstellungskriterien soll der öffentliche Dienst ausgehöhlt werden.

All diese Pläne wurden im stillen Kämmerlein ausgearbeitet, ohne im Vorfeld die einzig national repräsentative Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes darüber in Kenntnis zu setzen. Die jüngste Entscheidung der Stadt Luxemburg, private Sicherheitsfirmen einzusetzen, um für Ordnung und Sicherheit im öffentlichen Raum zu sorgen, schlug dem Fass endgültig den Boden aus.

Anhaltende Blockadepolitik

In seiner jüngsten Sitzung, die am vergangenen 30. November unter strikter Einhaltung der Corona-Regeln stattfand, nahm sich der CGFP-Nationalvorstand der Sache an. Bei den CGFP-Fachverbänden herrscht eine große Übereinstimmung, dass diese Vorgehensweise nicht länger toleriert werden dürfe. Der Nationalvorstand beauftragte die CGFP-Exekutive damit, ein Treffen mit Premierminister Xavier Bettel zu beantragen. Angesichts der Bedeutung dieses zentralen Themas müsse der Regierungschef Klartext reden. Bei Redaktionsschluss hatte besagte Unterredung noch nicht stattgefunden. Die jüngsten Privatisierungstendenzen im öffentlichen Dienst sind nur die Spitze des Eisbergs. Seit Monaten werden wichtige Anliegen der CGFP unter dem Vorwand der Krisenbewältigung von der Regierung systematisch abgeblockt. Bei der Exit-Strategie zum Beispiel fanden die konstruktiven Vorschläge, die die CGFP auf eigene Initiative hin gemacht hatte, kaum Beachtung.

Zudem sind die Gespräche zwischen Beamtenminister Marc Hansen und den CGFP-Fach-



verbänden über deren sektorielle Anliegen ins Stocken geraten. Nach zwei Jahre langen Vorbereitungen sind noch immer keine konkreten Ergebnisse in Sicht. Die Liste der Beschwerden ließe sich noch um einiges verlängern.

In Anbetracht dieser permanenten Blockadepolitik verliert die Berufsorganisation der Staatsbediensteten allmählich die Geduld. Der Dialog zwischen der CGFP und dem für den öffentlichen Dienst zuständigen Minister hat sich zunehmend verschlechtert. Vor dem Hintergrund dieser verfahrenen Situation hat der Nationalvorstand die eindringliche Botschaft an die CGFP-Exekutive gesendet, wesentliche Fragen in Bezug auf den öffentlichen Dienst zur Chefsache erklären zu lassen.

Die CGFP will nicht länger hinnehmen, dass die öffentliche Hand auf eine herablassende und stiefmütterliche Art und Weise behandelt wird. Zentrale staatliche Dienstleistungen dürfen nicht im Schattenlicht der aktuellen Pandemie Opfer einer Salami-Taktik werden, bei der Schritt für Schritt zentrale staatliche Dienstleistungen in die Privatwirtschaft ausgelagert werden.

Gerade in Zeiten heftiger Umbrüche kommen neue Aufgaben auf die öffentlichen Verwaltungen zu. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, muss die „Laissez-faire“-Politik sofort ein Ende nehmen. Die dramatischen Konsequenzen der Deregulierungspolitik, die vor der Finanzkrise 2007/2008 in zahlreichen Ländern angewandt wurde und nun während der Covid-Krise vielerorts zum tödlichen Kollaps führt, sollte die Exekutive davon abhalten, den falschen Kurs einzuschlagen.

Staatliche Schlüsselposten für Kandidaten aus der Privatwirtschaft zu öffnen, stellt für die CGFP ein No-Go dar. Derartige Praktiken erhöhen das Risiko für Vetternwirtschaft und Klientelismus, die im öffentlichen Dienst nichts zu suchen haben. Jeder Vorstoß in diese Richtung wird von der CGFP durchkreuzt.

In einem Interview mit Radio 100,7 bezeichnete Minister Hansen die Bedenken der CGFP in Bezug auf die Privatisierungstendenzen als „übertrieben“. In zahlreichen Verwaltungen könnten jetzt schon Direktoren aus dem Privatsektor eingestellt werden, so das Regierungsmitglied. Diese lapidare Ausflucht löst bei der CGFP Befremden aus: Nur weil eine solche fragwürdige Praktik mancherorts bereits umgesetzt wurde, bedeutet dies noch lange nicht, dass dies gerechtfertigt war und man ad infinitum daran festhalten sollte.

Widersprüchliche Aussagen im Regierungslager

Der Beamtenminister findet auch nichts Übles daran, auf kommunaler Ebene private Sicherheitsdienste einzusetzen. Eine völlig andere Sicht der Dinge hat der Minister der inneren Sicherheit. Henri Kox spricht sich kategorisch dagegen aus, dass private Sicherheitsleute im öffentlichen Raum auf Streife gehen sollen. Diese Aufgabe stehe einzig und alleine der Polizei zu, so Kox. Was nun, Herr Bettel? Bei zwei Regierungsmitgliedern, die widersprüchliche Aussagen zu Kernpunkten machen, besteht eindeutig Klärungsbedarf.

Die CGFP fordert, dass sich die Dreierkoalition endlich von ihren liberalen Privatisierungsträumen im Staatsdienst verabschiedet. Premierminister Bettel sollte im Namen der gesamten Regierung sämtliche Vorhaben ad acta legen, die darauf ausgerichtet sind, den öffentlichen Dienst in irgendeiner Form zu untergraben oder zu schwächen.

Hansens Aufruf, sachlicher zu werden und bei den Diskussionen Ruhe zu bewahren, klingt wie ein Ausweichmanöver. Als verlässlicher Sozialpartner geht es der CGFP stets um die Sache. Wer jedoch glaubt, dass nach einem kurzen Schrei der Entrüstung die Stimme der CGFP verstummen wird, der irrt gewaltig. Auch wenn der gewerkschaftliche Handlungsspielraum corona-bedingt zurzeit etwas eingeschränkt ist, verfügt die CGFP über ausreichend Ausdauer und Einfallsreichtum, um ihren Forderungen mit gewerkschaftlichen Aktionen Nachdruck zu verleihen.

Wie bereits in der Vergangenheit wird der Dachverband in dieser Grundsatzfrage keineswegs lockerlassen.

ml

Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire classique et général luxembourgeois

INSCRIPTION ET INFORMATIONS (Attention: nouvelles heures d'ouverture!)
mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30, mercredi: de 14h30 à 16h30,
jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

Tél.: 26 77 77 77 – afas@cgfp-services.lu – <https://www.cgfp-services.lu/afas.html>

AFAS 

Association de Formation et d'Appui scolaires a.s.b.l.

Avez-vous changé d'adresse?



Alors n'oubliez pas de nous le faire savoir en renvoyant le talon-réponse ci-dessous à la

CGFP
488, route de Longwy
L-1940 Luxembourg

ou en utilisant le formulaire électronique sous:
www.cgfp.lu/contact/changement-adresse

Ancienne adresse

Nom:
Prénom:
No et rue:
Code postal:
Localité:
téléphone:

Nouvelle adresse

Nom:
Prénom:
No et rue:
Code postal:
Localité:
email:

Die öffentliche Hand darf nicht geschwächt werden

Die Bekämpfung der Corona-Krise verursacht allein in diesem Jahr Mehrausgaben in Höhe von mindestens drei Milliarden Euro. Laut Schätzungen der Regierung werden die eingebrochenen Mehrwertsteuer-Einnahmen, die Kurzarbeit und die Hilfspakete für die Unternehmen 2020 zu einem Staatsbudgetdefizit von über fünf Milliarden Euro führen. Für 2021 wird mit einem Minusbetrag von rund zwei Milliarden Euro gerechnet. Die Pandemie hat demnach die budgetäre Lage grundlegend verändert.

Vor diesem schwierigen Hintergrund kann die CGFP dem Haushaltsentwurf 2021 von Finanzminister Pierre Gramegna einige positive Faktoren abgewinnen. Bei einer Videoschleife mit dem parlamentarischen Budgetberichterstatler François Benoy verwiesen die CGFP-Vertreter am vergangenen 23. November u.a. auf die hohen Investitionen.

Offensichtlich hat die Politik Lehren aus der Finanzkrise von 2007/2008 gezogen: Eine harte, einschneidende Sparpolitik steht derzeit nicht auf der Tagesordnung. An die Regierung richtet sich der dringende Appell, nicht von diesem Weg abzurücken. Die CGFP wird die weitere Entwicklung aufmerksam verfolgen. Auf keinen Fall darf die nach der Corona-Krise anstehende Kostenbegleichung einseitig auf die Bürger abgewälzt werden.

Einmal mehr hat die Ausbreitung des Virus gezeigt, dass zur Überwindung einer Krisensituation ein starker, funktionstüchtiger Staat sowie ein krisenerprobtes, zuverlässiges Gesundheitswesen unumgänglich sind. Die CGFP fordert deshalb die Regierung dazu auf, allen Bestrebungen, die eine Schwächung der öffentlichen Hand herbeiführen würden, eine Abfuhr zu erteilen.

Teilweiser Schuldenschnitt

Damit die Gesellschaft bestens für Krisenzeiten gewappnet ist, tritt die CGFP für einen Abbau der sozialen Ungerechtigkeiten hierzulande ein. Bedauert wird, dass die Umsetzung der Steuerreform weiter auf sich warten lässt. Dabei ist eine Anpassung der Steuertabelle an die Preisentwicklung längst überfällig. Die CGFP begrüßt, dass mit der Reform der „Stock Options“ und der spezialisierten Investmentfonds (FIS) bestehende Ungerechtigkeiten aus der Welt geschafft werden. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob diese Maßnahmen die beabsichtigte Wirkung erzeugen werden.

Obwohl der Kampf gegen das hartnäckige Virus einen enormen Kraftakt darstellt, dürfen andere Krisen wie die Wohnungsnot oder die Klimakrise nicht außer Acht gelassen werden. Bedenken hat die Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten in Bezug auf die Einführung der CO₂-Steuer. Statt vereinzelte Maßnahmen umzusetzen, wäre eine tiefgründige Gesamtreform zielführender.

Im Gegensatz zu fast allen anderen Industriestaaten steht Luxemburg in puncto Verschul-

dung einigermaßen solide da. Angesichts der Corona-Krise wächst in zahlreichen Ländern des Euro-Raums der Schuldenberg, wie sonst nur in Kriegszeiten. In diesem Zusammenhang hält es die CGFP für angebracht, über einen teilweisen Schuldenschnitt nachzudenken.

Gemäß dem jüngsten Stabilitäts- und Wachstumsprogramm, das die Regierung der EU-Kommission Ende April zukommen ließ, werden Luxemburgs Staatsschulden 2021 die magische Grenze von 30 % des Bruttoinlandsprodukts nahezu erreichen. Trotz dieser hohen Neuverschuldung ist auch die Berufskammer aller öffentlich Bediensteten (Chfep) in ihrem Gutachten zum Etatentwurf darüber erfreut, dass die Regierung keine Sparpolitik in Erwägung zieht und weiter am Sozialstaat festhält.

Umweltinvestitionen beim Staatsdefizit ausklammern

Auf Beschluss der Europäischen Kommission werden die EU-Schulden- und Defizitregeln auch im kommenden Jahr ausgesetzt. Die Chfep ist der Ansicht, dass nach Ablauf dieser Frist der Nutzen der EU-Schuldenregeln überprüft werden muss. Dabei wäre es ratsam, die öffentlichen Netto-Investitionsausgaben in Zukunft nicht mehr bei der Einhaltung des EU-Stabilitäts- und Wachstumspakts zu berücksichtigen.

Neben der steigenden Schuldenlast genießt der Kampf gegen den Klimawandel oberste Priorität. In den Augen der Chfep sind die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen jedoch zu zögerlich, um die grüne Wende erfolgreich einzuleiten.

Die neue Abgabe auf Sprit, Gas und Heizöl reicht bei Weitem nicht aus, um eine wirksame Klimaschutzpolitik zu gestalten. Außerdem wird die Kaufkraft derjenigen verringert, die nicht

auf den kostenlosen öffentlichen Transport ausweichen können. Die Chfep spricht sich zudem dafür aus, dass auf EU-Ebene die Umweltinvestitionen bei der Berechnung des Staatsdefizits ausgeklammert werden. Dies würde den Klimaschutzbemühungen einen wichtigen Schub verleihen.

Ein Ungleichgewicht macht die Chfep zudem bei den Steuern aus. Personen, die der Steuerklasse 1a zugeordnet werden, müssen schnellstens finanziell entlastet werden. Durch die Einführung neuer Einkommensstufen muss der „Mittelstandsbockel“ geglättet werden. Außerdem dürfen die Ungerechtigkeiten zulasten der Alleinerziehenden nicht noch weiter auf die lange Bank geschoben werden. Aufgrund dieser Überlegungen ist die Chfep enttäuscht, dass über die von der Regierung beabsichtigte Steuerreform im Budgetentwurf einfach geschwiegen wird.

Die Kammer der öffentlich Bediensteten findet Gefallen daran, dass die „Fonds d'investissement spécialisés“ künftig stärker besteuert werden. Auch die Abschaffung der „Stock Options“ und die damit einhergehende teilweise steuerfreie Beteiligungsprämie zugunsten der Arbeitnehmer wertet die Chfep als einen Schritt in die richtige Richtung. Fraglich bleibt jedoch, ob dadurch nicht neue steuerliche Nischen entstehen, die mit dem Grundsatz der allgemeinen Steuerpflicht unvereinbar sind.

Der weitere Verlauf der Pandemie birgt viele Unsicherheiten, schlussfolgert die Chfep in ihrem Gutachten. Vieles deutet darauf hin, dass uns die Krise vermutlich noch lange begleiten wird. Der Kampf gegen Covid-19 sowie die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zeigen, wie wichtig und unverzichtbar ein standhafter und wirksamer Staatsdienst ist.

ml



Staatliche Einmischung in die Wirtschaft

Nicht nur dort, wo es unentbehrlich, sondern auch nützlich und sinnvoll ist

Die vergangenen Monate haben uns nachdrücklich bewiesen, wie wesentlich für unser Wohlbefinden ein gutes Funktionieren aller öffentlichen Dienste und Dienstleistungen ist. Länder, die unter schlecht organisierten Verwaltungen leiden, haben diesbezüglich eine bittere Lektion lernen müssen. Die Forderung nach dem minimalistischen, angeblich „schlanken“ Staat, der sich so weit wie möglich auf eine bloße „Nachwächterfunktion“ beschränken soll, wurde endgültig als Irrlehre entlarvt.

Offensichtlich war man schlecht beraten, wenn man als Land und als Gesellschaft sein Schicksal vorwiegend dem reinen Privatsektor anvertraut und auf ein gutes Funktionieren der sogenannten Marktmechanismen gehofft hat. Der unternehmerische Drang nach kurzfristiger Rentabilität und ungezügelter Profitmaximierung stellt ständig das Gemeinwohl, das Nachhaltige und das Sozial-Menschliche hinten an und vernachlässigt die Fürsorge für unvorhergesehene Ereignisse.

Wohltuende Einmischung

Doch die Rolle des Staates ist nicht nur wichtig und nützlich, wenn es um öffentliche Sicherheit, Justiz und Armee, um Schule und Erziehung, um das Gesundheits- und Pflegewesen sowie um die Altersvorsorge geht. Auch in den Bereichen, in denen die private Unternehmenswelt das Sagen hat und haben muss, fallen der öffentlichen Hand offensichtlich entscheidende Rollen zu, als Gesetzgeber und Regulator, als Überwacher und Schiedsrichter, aber vor allem auch als Initiator, Sponsor und Förderer, als Vordenker und Begleiter, als „Möglichmacher“ und auf internationaler Ebene als „Türöffner“.

Viele nützliche und wertvolle Fortschritte der privaten Unternehmen werden erst durch staatliche Vorleistungen ermöglicht, etwa durch hohe öffentliche Investitionen in leistungsfähige Infrastrukturen, durch die Schaffung von erforderlichen gesetzlichen Voraussetzungen, aber auch durch finanzielle und steuerliche Anreize zur Einleitung und Beschleunigung von notwendigen strukturellen Veränderungen.

Wenn der Staat zu viel und am falschen Ende spart, weil er aus Geldmangel nicht handeln kann oder aus ideologischem Geiz nicht handeln will, kann ein sehr hoher dauerhafter Schaden für die Lebensqualität der Menschen und das Gedeihen der Unternehmen entstehen.

Gravierendes Marktversagen

So sind die täglichen Verkehrsstaus in Luxemburg kein unvermeidliches und unvorhersehbares Übel; sie sind vielmehr allein der Tatsache geschuldet, dass der Staat politisch daran gehindert wurde, rechtzeitig die Verkehrswege auszubauen, um sie einer klar erkennbaren demografischen Entwicklung anzupassen.

Und unser derzeitiges Hauptproblem, die rasante Verteuerung des Wohnraums, ist nur darauf zurückzuführen, dass man sträflicherweise den Wohnungsmarkt weitgehend den alleinigen Marktkräften überließ. Diese sind bei der Problemlösung aber überfordert, während zudem die privatwirtschaftlichen Machthaber auch keinerlei Interesse an einer baldigen und nachhaltigen Lösung haben.

Die Preisinflation bei den Baugrundstücken mit ihren gravierenden Folgen ist zu einer Lotterie geworden, bei der zu viele Menschen ohne jegliches finanzielles Risiko Jahr für Jahr Gewinne einstreichen. Hier ist der Staat gefordert, doch dieser stemmt die Aufgabe nicht, solange man ihm auf politischer Ebene die erforderlichen Mittel aus ideologischer Verblendung oder aus offensichtlichen Interessensgründen streicht. Doch lassen wir dieses leidige Thema.

Staatliche Dynamik

Andererseits weist Luxemburg seit Jahrzehnten ein ökonomisches Wachstum auf, das doppelt so hoch ist, wie jenes in den Nachbarländern und in Europa insgesamt. Diese günstige Entwicklung, die uns zu einer der weltweit leistungsfähigsten Volkswirtschaften mit herausragendem Wohlstand gemacht hat, beruht ihrerseits nicht auf einem Zufall, sondern sie ist das Ergebnis konsequenter öffentlicher Anstrengungen.

Dabei sind es nicht unsere Stahlbarone, Industrielle und Geschäftsinhaber, die besondere Leistungen erbracht hätten, um die Produktivität unserer Betriebe auf Rekordleistung zu bringen. Vielmehr hat der Staat das Heft in die Hand genommen, weil unsere Kapitalisten ihre Gewinne weltweit immer dort investieren, wo die höchste Rendite zu erwarten ist, und weil sie rein profitorientiert die hiesigen traditionellen Tätigkeiten und Arbeitsplätze global verlagern, soweit dies möglich ist.

Um die mangelnde Initiative und die fehlende unternehmerische Courage des Privatsektors auszugleichen sowie die Tätigkeiten und Jobs der schrumpfenden Sektoren zu ersetzen, musste sich der Staat nolens volens aktiv bemühen und in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen. Wobei das angeblich so unflexible Bürokratiemonster, das vorgeblich nichts von Business, Marktanpassung und ökonomischer Dynamik versteht, offensichtlich große Erfolge einfahren konnte.

Strategische Anreize

Natürlich versucht sich der Staat nicht als Privatunternehmer. Vielmehr begann er zielstrebig, optimale gesetzliche oder steuerliche Rahmenbedingungen zu schaffen und dauerhaft zu pflegen sowie weitere Standortvorteile im Ausland anzupreisen. Systematisch lockte man so ausländische Pioniere, Investoren und

Talente nach Luxemburg, ja man stieß sogar in ausgewählten Bereichen absolut innovative Initiativen an, notfalls mit berechnetem Risiko, wo immer uns die weltweiten ökonomischen Megatrends genügend Hoffnungen verhiessen.

Als sich beispielsweise Anfang der 80er-Jahre das RTL-Aktionariat, trotz der Perspektiven eines sich anbahnenden Booms in der Freizeitwirtschaft hartnäckig weigerte, in europaweites Satellitenfernsehen zu investieren, waren es zwei Luxemburger Regierungschefs, die mit dem Astra-Projekt diese Blockade sprengten, nicht ohne dadurch die EU-Nachbarn zu brüskieren. Sie brachten internationale Venture-Kapitalisten dazu, mit amerikanischer Technologie den europäischen TV-Markt aufzurollen und dabei Luxemburg langfristig den weltweit ersten Rang in der kommerziellen weltraumgestützten Telekommunikation zu sichern.

Souveräne Nischen und Initiativen

Genauso wäre Anfang der 70er-Jahre der plötzliche Zuzug der sogenannten Eurobanken nur ein Strohfeuer von einigen Jahren geblieben, hätte unser Staat nicht sofort und resolut die Chance genutzt, mit unzähligen hoheitsrechtlichen Maßnahmen den internationalen Financiers einen komfortablen Rahmen zu bieten, um sie auf diese Weise trotz einer sich ständig verändernden Finanzwelt dauerhaft an Luxemburg zu binden.

20 Jahre später wurden wir zum weltweit führenden Standort für grenzüberschreitende Investmentfonds, weil unsere Verwaltung es schaffte, neue Brüsseler EU-Richtlinien dreimal schneller als andere EU-Staaten umzusetzen, sodass alle Branchenprofis ihre Tätigkeiten hier angesiedelt hatten, bevor die mit uns konkurrierenden Finanzzentren die neue Möglichkeit erkannt hatten.

Diese „Highlights“ unserer Wirtschaft beruhen natürlich alle auf Leistungen privater Firmen, doch dass Luxemburg daraus einen Nutzen ziehen kann, ist der Verdienst unseres Staates, seiner Organe und Mitarbeiter. Für viele andere Bereiche ist der Ursprung ganz ähnlich, von den internationalen Versicherungen und dem maritimen Sektor, über die Logistikbranche bis hin zum elektronischen Handel, anderen Internetdiensten sowie diversen Sparten der ICT-Branche.

Strategische Investitionen

Angesichts einer anfangs gänzlich fehlenden Nachfrage war es von vorneherein offensichtlich, dass private Investoren nie das Risiko eingegangen wären, unseren Wirtschaftsstandort massiv mit digitalen Schnellautobahnen an die primären Knotenpunkte des globalen Internets anzubinden. Für diese strategischen

Investitionen musste die öffentliche Hand somit in Vorleistung gehen, und sie tat es in der Folge dergleichen bei den großen Datenzentren, die zur Absicherung des Finanzplatzes erforderlich waren.

Vergleichbare Anstrengungen bleiben weiter angesagt, vor allem für die Forschung im Allgemeinen und insbesondere in ausgewählten Bereichen wie dem Weltraum, der Computersicherheit, der Biomedizin usw. Wobei gleichzeitig auch die anhaltend hohen öffentlichen Infrastrukturinvestitionen von strategischer Bedeutung sind. So wurden z.B. erhebliche finanzielle Mittel in die Verkehrsmittel und -strecken sowie in die Energieversorgung und in die Telekommunikationsnetze gesteckt.

In jenen Bereichen, wo eine kurzfristige privatwirtschaftlich oder unternehmerische Rendite nicht sicherzustellen ist, kann der Staat eine andere volkswirtschaftliche Rechnung aufstellen und dabei langfristig und strategisch planen und auch gesamtgesellschaftliche Aspekte einbeziehen. Und weil über Jahrzehnte hinweg eine solide Haushaltspolitik die finanzielle Lage des Staates ständig in gesunder Verfassung gehalten hat, bleibt der Handlungsspielraum unserer Regierung weiterhin im internationalen Vergleich beispiellos. Heute erlaubt uns die sehr hohe Kreditwürdigkeit des Staates, auch angesichts massiver Steuerausfälle und Sonderausgaben, ein hohes Investitionsvolumen beizubehalten.

Herr im eigenen Haus

„Last but not least“ kann ein anderer entscheidender Vorteil Luxemburgs nie stark genug hervorgehoben werden. Angesichts des Umstandes, dass wir im EU-Binnenmarkt immer enger zusammenrücken und dass das Wirtschaftsleben dabei einem immer brutaleren Konkurrenzkampf ausgesetzt ist, wird der wirtschaftspolitische Handlungsspielraum der einzelnen Staaten stetig eingeengt. Unterdessen werden auch bestehende Standortvorteile – nicht nur, aber auch im Steuerbereich – generell mit EU-Richtlinien ausgehebelt.

In dieser Lage ist es für die verbleibende wirtschaftliche Souveränität unseres Kleinststaates von entscheidender Bedeutung, dass Luxemburg in der Vergangenheit keinen seiner öffentlichen Betriebe privatisiert hat. Somit behält das Großherzogtum weiterhin einen ausschlaggebenden Einfluss bei den wichtigsten Akteuren des Zahlungsverkehrs und der Post, des Fernmeldewesens und der Energieversorgung sowie der Schienenwege und des Flugwesens.

Und genau so wichtig ist es, dass bei uns das Gesundheitswesen sowie die Pflegeeinrichtungen und Altersheime nicht von börsennotierten Konzernen kommerziell ausgebeutet werden, sondern im Wesentlichen unter dem Einfluss des Staates und der Sozialkassen bleiben. Von welcher praktischen Bedeutung die staatlichen und parastaatlichen Einrichtungen und Unternehmen aller Art sind, wurde ja auch vielfach klar, als es plötzlich galt, die hereinbrechende Pandemie in den Griff zu bekommen.

Corona als Gamechanger

Bei der Ausarbeitung der Exit-Strategie infolge der Corona-Krise kommt den öffentlichen Haushaltsmitteln zur Konjunkturbelebung eine strategische Bedeutung zu. Der ominöse „schlanke Staat“ ist somit für eine Weile vom Tisch. Bereits die direkten wirtschaftlichen Konsequenzen der Pandemie hatten binnen Tagen drastische finanzielle Maßnahmen erforderlich gemacht, nicht nur im Sozialbereich, sondern auch zur Stützung krisenbedrohter Unternehmen und Wirtschaftssektoren.

Man tat überall in Europa, was getan werden musste, weil es sonst zweifellos zu einer globalen Wirtschaftskatastrophe gekommen wäre, zu einer regelrechten ökonomischen Kernreaktorschmelze. Und schnell wurde dann auch allseits auf nationaler und europäischer Ebene erkannt, dass die nun notwendige wirtschaftliche Neubelebung hohe öffentliche Anstrengungen erforderlich macht.

Die Europäische Union, der 65 Jahre lang das Schuldenmachen untersagt blieb, darf nun sogar hinsichtlich der Kredithaftung das Tabu der sogenannten „Transfer-Union“ brechen. Kurz: Die öffentlichen Haushalte dürfen derzeit und in der nahen Zukunft massiv Geld ausgeben. So wird aus der hereingebrochenen Mega-Krise nun paradoxerweise eine super Chance. Aber seltsamerweise ist (sinnvolles) Geldausgeben eine sehr schwierige Aufgabe, eine hoch verantwortungsvolle Mission.

Finanzierung der Zukunft

Wichtig ist, das Geld nicht mit der Bewältigung von Altlasten zu verstreuen, sondern mit strategischen Investitionen sinnvoll eine bessere Welt für unsere Kinder und Enkel vorzubereiten und nebenbei vielleicht auch das technologisch arg ins Hintertreffen geratene Europa wieder wettbewerbsfähiger gegenüber den USA, China und Asien auszurichten. Wir wollen hier nicht die Frage aufwerfen, wie viel Geld in die Strategie für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und erneuerbare Energien gesteckt und welche finanzielle Mittel für die Digitalisierung, das Internet der Dinge sowie die künstliche Intelligenz und dergleichen bereitgestellt werden sollen.

Eines müssen wir jedoch hier klar hervorheben: Seit Jahren berieseln uns auch hierzulande die amtlichen Patronatssprecher mit ihrer ultrakapitalistischen und turboliberalen Propaganda, der zufolge eine dauerhaft gesunde Wirtschaft eine weitgehende Abstinenz des Staates verlange. Diese Botschaft beruht auf einer eindeutigen, offensichtlichen Lüge, nämlich der Behauptung, die amerikanische Wirtschaft sei erfolgreicher, weil der Staat sich dort zurückhält und die Wirtschaftssteuerung den Märkten überlässt.

Die USA als Vorbild

Zwar haben die Vereinigten Staaten die Steuerumverteilung von oben nach unten abgeschafft und die sozialen Leitplanken eingerissen, um dem kapitalistischen Wildwuchs freie Bahn zu lassen. Wobei enorme Probleme entstanden sind, die sich auch in Wahleresul-

ten und sozialen Unruhen verdeutlichen. Dass die USA aber weiterhin, nach dem Niedergang so vieler traditioneller Sektoren, wirtschaftlich generell die Nase vorne behalten, vor allem mit ihren global führenden elektronischen Hightech-Firmen, verdanken sie in Wirklichkeit jahrzehntelangen (mit riesigen Staatsdefiziten finanzierten) gigantischen Fördermaßnahmen für Privatunternehmen.

Ja, Bill Gates, Steve Jobs, Jeff Bezos und Elon Musk waren und bleiben technisch-kommerzielle Genies, aber alle ihre Start-ups konnten sich für einen Spottpreis jener Erfindungen bedienen, die der amerikanische Staat zuvor bestellt und bezahlt hatte, von der Grundlagenforschung bis zur Anwendungsreife, vom Internet selbst über die Speicherchips bis hin zu den Flachbildschirmen.

Als die NASA ihre Mondflug-Spenderhosen auszog, haben gigantische Militäraufträge den Job in den USA übernommen. Der blendende wirtschaftliche Erfolg Luxemburgs in den letzten Jahrzehnten beruht in erster Linie auf dem Umstand, dass wir uns mehr als die anderen Länder an das amerikanische Rezept gehalten haben: Massiv staatliches Geld ausgeben, wo immer es erforderlich ist, damit die nationalen Unternehmen im weltweiten Wettbewerb die Nase vorne behalten.

Paul ZIMMER



Die Rolle des Staates für Innovation, Wachstum und nationale Wettbewerbsfähigkeit, die unser Artikel behandelt, ist auch ein wichtiges Thema der akademischen Forschung. Dabei wird die Debatte unter anderem von einer italienischen Professorin an der London Business School, Mariana Mazzucato, und ihrem Bestseller „The Entrepreneurial State / Das Kapital des Staates“ geprägt.



Mit BHW zuverlässig in die eigenen vier Wände

Wohneigentum ist alles: Baufinanzierung, Vermögensaufbau, Anlageoptimierung, solide Altersvorsorge. Sprechen Sie mit einem BHW-Berater darüber. **Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651.**

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst.